
Vorlagen vom 13. Juni 2021

Abstimmungsmonitor

Covid-19-Gesetz

CO2-Gesetz

Trinkwasserinitiative

Initiative Pestizidverbot

Terrorismugesetz

Schlussbericht



Universität
Zürich ^{UZH}

fög – Forschungszentrum
Öffentlichkeit und
Gesellschaft / Universität
Zürich

11.06.2021

Inhalt:

2 Überblick

7 Einzelne Vorlagen

17 Methode

Der Abstimmungsmonitor des fög wurde Anfang 2013 erstmals lanciert und erfasst die Medienresonanz und die Tonalität der Beiträge im Vorfeld von eidgenössischen Volksabstimmungen. Der Abstimmungsmonitor wird von der Gottlieb und Hans Vogt Stiftung, von der Stiftung FERS sowie aus eigenen Mitteln finanziert.

Überblick

Linards Udris

In der Schweizer Medienarena wird über die fünf Abstimmungsvorlagen insgesamt intensiv berichtet, wenn auch mit grossen Unterschieden (Abb. 1). Das CO2-Gesetz und die beiden Volksinitiativen gegen den Einsatz von Pestiziden erfahren am meisten Beachtung, das Covid-19-Gesetz und das Terrorismusgesetz deutlich weniger.

Bei den Behördenvorlagen ist die Tonalität beim Covid-19-Gesetz leicht positiv (+12) und beim CO2-Gesetz positiv (+29), während sie beim Terrorismusgesetz ambivalent ausfällt (-8), mit einer Akzentuierung kritischer Stimmen in den letzten Wochen. Auch bei der Trinkwasserinitiative (-3) und bei der Initiative Pestizidverbot (-4) ist die Tonalität ambivalent, d.h. negative und positive Stimmen und Bewertungen halten sich (fast) die Waage.

Resonanz und Tonalität im Vergleich

Die Medienresonanz der fünf Vorlagen vom Juni 2021 fällt sehr unterschiedlich aus. Im Vergleich der Abstimmungsvorlagen seit Herbst 2018 war die Medienresonanz zum gleichen Zeitpunkt, d.h. drei Wochen vor Abstimmungsdatum, nur bei wenigen Vorlagen stärker. Das heisst, dass das CO2-Gesetz und die beiden Volksinitiativen das mediale Interesse recht stark auf sich gezogen haben. Dies steht im Gegensatz zum Covid-19- und dem Terrorismusgesetz, die eine unterdurchschnittliche Beachtung erfahren haben.

Die starke Resonanz des CO2-Gesetzes passt ins Bild, denn auch die Energiestrategie 2050 (Mai 2017) hatte überdurchschnittliche Beachtung erfahren. Doch die Zustimmung für das CO2-Gesetz (+29) fällt im Unterschied zur damals sehr ambivalent dargestellten Energiestrategie 2050 relativ positiv aus. Dies könnte darauf hinweisen, dass in den Medien 2021 die Problematik des Klimawandels breiter akzeptiert wird als 2017 und somit die Dringlichkeit von Gesetzesänderungen hin zu nachhaltigeren Energieträgern breiter anerkannt wird. Was die Dynamik der Medienberichterstattung betrifft, so zeigt sich ein vom Durchschnitt abweichendes Muster (Abb. 2). Die Resonanz nimmt zwar typischerweise im Laufe der Zeit ständig zu und intensiviert sich nochmals, als die Umfragen eine vermeintlich überraschend geringe Zustimmung zum Gesetz, besonders bei der FDP und bei jüngeren Menschen, zeigen. Daraufhin versuchen die Medien kurzfristig, Gründe dafür auszuleuchten. Doch anstelle einer weiteren Intensivierung nimmt die Resonanz anschliessend wieder merklich ab.

	Anzahl Beiträge	Tonalität	
		negativ	positiv
Konzernverantwortungsinitiative	703	-11	
Selbstbestimmungsinitiative	651	-30	
Begrenzungsinitiative	628	-34	
Trinkwasserinitiative	559	-4	
CO2-Gesetz	548		29
Initiative Pestizidverbot	525	-3	
Steuerreform	450		16
Verhüllungsverbot	364	-10	
Waffenrichtlinie	342		26
Fair Food	328	-14	
Zersiedlungsinitiative	310	-15	
Kampfflugzeuge	305		14
Sozialversicherungsrecht	287	-9	
Terrorismusgesetz	269	-8	
Vaterschaftsurlaub	263		27
Jagdgesetz	262		2
Antirassismus-Strafnorm	249		37
Mietwohnungsinitiative	248	-2	
Ernährungssouveränität	240	-26	
Covid-19-Gesetz	231		12
Hornkuhinitiative	226		7
E-ID-Gesetz	220	-2	
Freihandel Indonesien	202		14
Kriegsgeschäfteinitiative	194		1
Kinderabzüge	170	-4	
Velowege	137		40

Abbildung 1: Resonanz und Tonalität

Die Abbildung zeigt die Medienresonanz und die Tonalität der Beiträge für die Abstimmungen vom 13. Juni 2021 im Vergleich mit allen anderen Volksabstimmungen seit September 2018. Erfasst wurden jeweils 11 Wochen im Abstimmungskampf. Der Tonalitätsindex kann maximal die Werte +100 (ausschliesslich positiv) bis -100 (ausschliesslich negativ) annehmen (n= 8911 Beiträge).

Die starke Resonanz der beiden «Pestizid»-Vorlagen ist deshalb auffallend, weil die thematisch ähnlichen Initiativen «Fair Food» und «Ernährungssouveränität» 2018 nur etwa halb so viel Aufmerksamkeit auf sich gezogen hatten. Die hohe Beachtung für die Trinkwasser- und Pestizidverbot-Initiative lässt sich auch mit dem ausgeprägten Konflikt innerhalb der Landwirtschaft erklären und mit den intensiven Kampagnen-Bemühungen. Laut Eigenangaben habe der Schweizerische Bauernverband noch nie so viel in Abstimmungskampagnen investiert. In der Tat zeigt sich bei den beiden Volksinitiativen (wie auch beim CO2-Gesetz) laut An-née politique suisse eine überdurchschnittliche hohe Zahl an Inseraten, die in Zeitungen geschaltet werden – ein möglicher Indikator für die Intensität von Kampagnen. Dass intensive Kampagnenbemühungen sich in der Regel in einer intensiveren Medienberichterstattung niederschlagen, ist ein bekanntes Muster. Denn Journalist:innen orientieren sich auch daran, wie stark die Kampagnen-Aktivitäten ausfallen, und verwenden dies u.a. als Indikator für die Relevanz oder die Umstrittenheit einer Vorlage. Der aktuelle Konflikt um die beiden «Pestizid»-Vorlagen zeigt sich auch darin, dass die Tonalität gegenüber beiden Initiativen ambivalent

ausfällt – dies im Unterschied zur «Fair Food»- (-14) und der «Ernährungssouveränitäts»-Initiative (-26), die (viel) negativer thematisiert worden waren.

Auch die verhaltene Resonanz des Terrorismusgesetzes passt ins Bild. Schon 2016 hatte das Nachrichtendienstgesetz unterdurchschnittliche Beachtung erhalten. Sowohl aktuell als auch damals gelingt es den Referendums-Organisationen nicht, eine wirklich breite Diskussion um Grundrechte auszulösen.

Anzahl Beiträge pro Woche

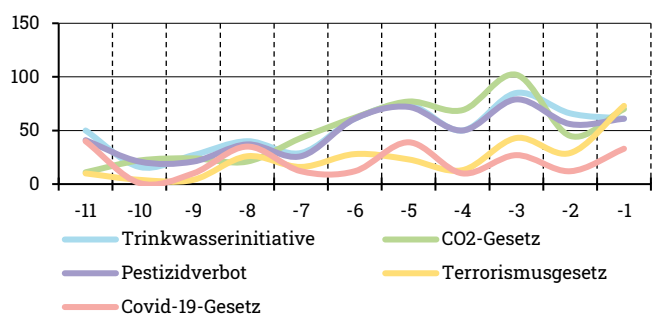


Abbildung 2: Resonanz im Zeitverlauf

Die Abbildung zeigt die die Resonanz der Beiträge zu den Abstimmungsvorlagen pro Woche. Der Startpunkt ist jeweils knapp 12 Wochen vor Abstimmungsdatum, der Endpunkt eine Woche vor Abstimmungsdatum (n= 2130 Beiträge).

Die ambivalente Tonalität beim Terrorismusgesetz (-8) aber unterscheidet sich von der damals klar positiven Tonalität gegenüber dem Nachrichtendienstgesetz. Dies scheint nahe zu legen, dass beim Terrorismusgesetz die Befürworter:innen keine sehr aktive Kampagne führen. Eine Dynamik mit plötzlich zunehmender Resonanz und Kritik erfährt die Diskussion nur gegen Ende des Abstimmungskampfs (Abb. 2), als die Bundesanwaltschaft eine Untersuchung gegen Vertreter:innen der Klimastreik-Bewegung beginnt. Dies wird von Gegner:innen des Terrorismusgesetzes skandalisiert und als Argument ins Feld geführt, wonach sich die Strafverfolgung, wenn sie gesetzlich nicht eingeschränkt wird, gegen politisch Andersdenkende und nicht nur gegen Terrorist:innen richtet.

Das Covid-19-Gesetz ist insofern ein «Spezialfall», weil in jüngerer Zeit keine thematisch ähnlichen Vorlagen stattgefunden haben. Auch weil das Gesetz ein «wilder Mix von Themen» sei, handle es sich um das «eigenartigste Referendum der Schweizer Geschichte» (Tamedia, 6.5.), zumal einige Punkte des Gesetzes zum Zeitpunkt der Abstimmung bereits überholt seien. Die schwache Medienresonanz wiederum ist Ausdruck davon, dass sich bisher Akteur:innen nur verhalten für

das Gesetz einsetzen. Bezeichnenderweise steigt die Resonanz im Verlauf des Abstimmungskampfs nicht an, wie das typisch ist für Abstimmungsvorlagen. Stattdessen gibt es jeweils nur punktuelle Resonanz und vor allem dann, wenn Demonstrationen gegen das Covid-19-Gesetz stattfinden. Gerade für eine Behördenvorlage, die offiziell von fast allen Parteien und grossen Verbänden unterstützt wird, fällt die Tonalität vergleichsweise nur schwach positiv aus (+12). Denn in der Medienberichterstattung spielen Demonstrationen von zivilgesellschaftlichen Akteur:innen gegen das Covid-19-Gesetz eine wichtige Rolle. In der Darstellung von solchen Demonstrationen wird der Bezug zum konkreten Covid-19-Gesetz nicht immer sehr breit ausgeführt. (Artikel über Demonstrationen, in denen das Gesetz gar nicht erwähnt wurde, wurden ganz von der Analyse ausgeschlossen.) Deshalb bleibt in der Berichterstattung ein Stück weit unklar, inwieweit der Protest sich (auch) spezifisch gegen das Covid-19-Gesetz oder aber gegen die «Corona-Massnahmen» generell richtet, die aber nicht vom Covid-19-Gesetz betroffen sind.

Sprachregionale Gemeinsamkeiten

In der Berichterstattung über die fünf Abstimmungsvorlagen gibt es zwischen den Sprachregionen mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede (Abb. 3). In beiden Sprachregionen finden das CO2-Gesetz und die beiden Volksinitiativen viel mehr Beachtung als das Covid-19- und das Terrorismusgesetz.

		Anzahl Beiträge		Tonalität	
				negativ	positiv
Deutschschweiz	CO2-Gesetz	364			25
	Trinkwasserinitiative	356		0	
	Initiative Pestizidverbot	319			4
	Terrorismusgesetz	185		-7	
	Covid-19-Gesetz	164			16
Suisse romande	Initiative Pestizidverbot	206		-9	
	Trinkwasserinitiative	203		-11	
	CO2-Gesetz	182			35
	Terrorismusgesetz	84		-10	
	Covid-19-Gesetz	67			1

Abbildung 3: Resonanz und Tonalität in den Sprachregionen

Die Abbildung zeigt die Medienresonanz und die Tonalität der Beiträge für die Abstimmungen vom 13. Juni 2021 im Vergleich der beiden Sprachregionen. Der Tonalitätsindex kann maximal die Werte +100 (ausschliesslich positiv) bis -100 (ausschliesslich negativ) annehmen (n= 2130 Beiträge).

In beiden Sprachregionen überwiegt in den Medien die Zustimmung fürs CO2-Gesetz, und ebenfalls fällt in

beiden Sprachregionen die Tonalität gegenüber den anderen Vorlagen eher ambivalent aus. Unterschiede zeigen sich darin, dass in der Deutschschweiz das Covid-19-Gesetz stärkere Zustimmung erfährt (+16) als in den Medien der Suisse romande (+1). Die beiden Volksinitiativen erfahren in den Medien der Suisse romande – relativ gesehen – mehr Beachtung und auch mehr Kritik (-11 und -9) als in den Medien der Deutschschweiz (0).

Volksinitiativen im Doppelpack

Die Art und Weise, wie über die beiden Volksinitiativen berichtet wird, ist bemerkenswert. Denn obwohl es sich um separate Vorlagen handelt, werden die beiden Initiativen in der grossen Mehrheit «im Doppelpack» thematisiert. In 67% der Beiträge, in denen die Initiativen vorkommen, werden die Trinkwasserinitiative und die Initiative Pestizidverbot gemeinsam behandelt (Abb. 4). Entsprechend werden in den Medien vor allem Sammelbezeichnungen wie «Agrar-Initiativen», «initiatives anti-pesticides», «Pestizidinitiativen» etc. verwendet.

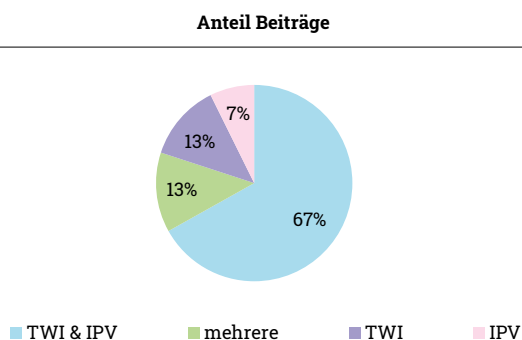


Abbildung 4: Art der Resonanz – Trinkwasserinitiative und Initiative Pestizidverbot

Die Abbildung zeigt die Medienresonanz für die Trinkwasserinitiative («TWI») und die Initiative Pestizidverbot («IPV») – unterschieden danach, ob die Initiativen jeweils in einem Beitrag allein thematisiert werden oder beide zusammen (ohne weitere Vorlagen) oder beide zusammen mit anderen Vorlagen vom 13. Juni 2021 («mehrere Vorlagen») (n = 601).

Dazu kommen 13% der Beiträge, in denen die beiden Initiativen zusammen mit anderen Vorlagen vom 13. Juni thematisiert werden. Dort handelt es sich vor allem um Artikel über Umfrageergebnisse und teilweise um Artikel, in denen die beiden Initiativen zusammen mit dem CO₂-Gesetz unter dem gemeinsamen Begriff

der «Öko»- oder «Umwelt»-Vorlagen thematisiert werden.

Beiträge, in denen entweder nur die Trinkwasser- oder nur die Pestizidverbot-Initiative diskutiert werden, sind deutlich seltener.

Diese 80%, d.h. Fälle, in denen nicht eine einzelne Initiative im Zentrum steht, sind ein sehr hoher Wert. Die Thematisierung «im Doppelpack» ist jedenfalls deutlich stärker verbreitet als damals 2018, als die Initiativen «Fair Food» und «Ernährungssouveränität» oft gemeinsam als «Agrar-Initiativen» behandelt wurden. Diese gemeinsame Thematisierung konnte damals aber nur in rund 50% der Beiträge festgestellt werden, zudem mit einer stärkeren Kontrastierung der «roten» Ernährungssouveränitäts-Initiative von der «grünen» «Fair Food»-Initiative.

Die Medienberichterstattung tendiert dazu, die beiden anstehenden Initiativen in einen Topf zu werfen. Diese gemeinsame Thematisierung wird nicht nur von Gegner:innen vorgenommen, die explizit ein «2x Nein» empfehlen – allen voran der Bauernverband oder der Bundesrat. Sie ergibt sich auch daraus, dass die Medien immer wieder das «Grundproblem» - Pestizide in der Landwirtschaft – zum Thema machen und dann pauschal auf die beiden Initiativen verweisen. Oder weil Beiträge darauf hinweisen, dass Stadt und Land sich im Stimmverhalten unterscheiden und die Stimmung in «der Landwirtschaft» oder bei «den Bauern» wegen der «Agrar»-Initiativen emotional aufgeladen sei. Kurz: es gibt nur relativ wenige Beiträge, die auf eine einzige Initiative fokussieren oder die beiden Initiativen systematisch miteinander vergleichen. Befragungen nach dem Urnengang werden zeigen, inwieweit die Stimmbürger:innen in der Lage sind, die beiden Vorlagen auf der Grundlage von Argumenten auseinanderzuhalten.

Unterschiedliche redaktionelle Leistungen

Wie schon im September 2020 sind die Medien im Frühsommer 2021 damit konfrontiert, dass gleich fünf Abstimmungsvorlagen anstehen. Das wirft die Frage auf, welche Medien ihre eigenen redaktionelle Ressourcen investieren, um diese Abstimmungen substanziell abzudecken. Die oben gezeigten Resultate zur Medienresonanz im Vergleich zu früheren Vorlagen zeigen, dass die Medien die Abstimmungen in der Tat intensiv verfolgen. Ein «Verdrängungseffekt» beispielsweise durch die Fokussierung auf Themen zum Coronavirus oder eine «Überforderung» angesichts der Zahl von Abstimmungen lässt sich pauschal nicht

feststellen. Doch substantielle Leistungen gibt es nicht bei allen Medien im gleichen Mass und nicht bei allen Vorlagen. Das Covid-19-Gesetz und das Terrorismusgesetz werden in manchen Medien kaum oder überhaupt nicht redaktionell thematisiert – keine gute Voraussetzung für Nutzer:innen dieser Medien, die sich ein Bild dieser Vorlagen machen möchten.

Wie schon bei den letzten Vorlagen besteht die Medienberichterstattung nicht ausschliesslich aus eigenständigen Berichten und Rechercheleistungen. Veröffentlicht werden auch Kommentare von Gastautor:innen und Kolumnist:innen (12%) und redaktionell (leicht) bearbeitete Agenturmeldungen (6%). (Reine, unbearbeitete Agenturmeldungen wurden nicht berücksichtigt.)

Redaktionelle Eigenleistungen sind besonders bei Medien der Suisse romande geringer (Abb. 5). 20minutes.ch und lematin.ch verzichten im Vergleich zu früher zwar weitgehend auf redaktionell bearbeitetes Agenturmaterial, doch ist die Anzahl redaktioneller Beiträge relativ tief. Letemps.ch wiederum stützt sich bei rund 48% der Beiträge auf Gastautor:innen und Kolumnist:innen (Blogs), und diese Praxis ist auch bei 24heures.ch und tdg.ch ausgeprägter als bei Abomedien in der Deutschschweiz.

Insgesamt ist der Output, der allein auf redaktionellen Eigenleistungen zurückzuführen ist, in den Medien der Suisse romande also deutlich tiefer. Vermutlich sind diese eingeschränkten redaktionellen Leistungen gerade in den (privaten) Medien der Suisse romande Ausdruck von knappen Ressourcen in den Redaktionen. Für dieses Ressourcen-Argument spricht auch der Blick in die Deutschschweiz: Dort ist es nun regelhaft suedostschweiz.ch, die von den (bezahlpflichtigen) täglichen Newssites mit Abstand am wenigsten redaktionelle Beiträge veröffentlicht. Dies liegt vermutlich daran, dass die Südostschweiz sich seit dem Ende der Partnerschaft mit AZ Medien keine Bundeshausredaktion mehr leistet.

Die umfangreichste redaktionelle Berichterstattung bieten die Abo-Titel von CH Media (hier: aargauerzeitung.ch und luzernerzeitung.ch), die Informationsgefässe von SRF (berücksichtigt wurden Tagesschau, 10vor10 und srf.ch/news), die Abo-Titel von Tamedia (hier: baslerzeitung.ch, bernerzeitung.ch, tagesanzeiger.ch) und von blick.ch. Gerade die umfangreichen Leistungen von blick.ch fallen auf, da Boulevardmedien (und Pendlermedien) typischerweise keine intensive Abstimmungsberichterstattung pflegen. Der redaktionelle Output von blick.ch hat im Vergleich zu den Vorlagen vom 27. September 2020 deutlich

zugenommen und ist nun bei den anstehenden Vorlagen sogar höher als derjenige von nzz.ch. Letztere berichtet über die anstehenden Vorlagen etwa gleich intensiv wie damals über die Vorlagen vom 27. September 2020. Ob dieser Fokus auf Abstimmungsthemen ein Ausdruck ist von neuen Richtlinien der Blick-Gruppe, nach denen die Blick-Titel stärker auf relevante Themen fokussieren möchten, oder ob dies eine Ausnahme ist, bleibt abzuwarten.

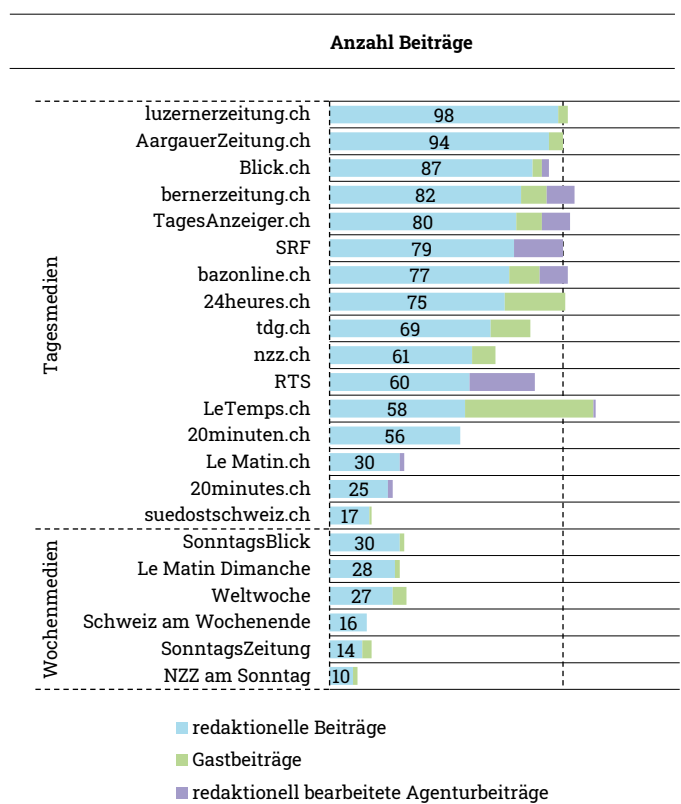


Abbildung 5: Resonanz von Beitragstypen

Die Abbildung zeigt pro Medium die Anzahl Beiträge nach Beitragstypen. Um die redaktionellen Leistungen besser sichtbar zu machen, sind die Medien nach der Anzahl redaktioneller Beiträge sortiert. Die Beiträge wurden jeweils nur einmal gezählt, auch wenn in einem Beitrag mehr als eine Vorlage thematisiert wurde (n = 1440).

Das relativ hohe Volumen der Berichterstattung bei den Abo-Websites ist zum einen Ausdruck eines Qualitätsverständnisses, wonach Abstimmungen wichtige Themen darstellen und entsprechend substantiell beachtet werden müssen. Zum anderen aber ist das Volumen Ausdruck davon, dass die Medienhäuser mit Zentralredaktionen operieren. Ein grosser Teil der Beiträge bei CH Media und bei Tamedia wird jeweils geteilt, was

pro Medientitel den Ressourcenaufwand senkt. Eine umfangreiche Berichterstattung scheint also nur gewährt, wenn gleichzeitig die externe Vielfalt reduziert wird. Ein genauerer Blick zeigt, dass die «exklusive» Berichterstattung in den einzelnen Regionen unter gewissen Bedingungen stattfindet. So produzieren die Titel von CH Media etwas öfter als die Titel von Tamedia zusätzliche Beiträge in den jeweiligen Regionen bzw. Online-Medien.

Covid-19-Gesetz

Die grosse Mehrheit der untersuchten Medien schenkt dem Covid-19-Gesetz viel weniger Aufmerksamkeit als den anderen Vorlagen. Nur bei den beiden Pendlermedien 20minuten.ch und 20minutes.ch, SRF und der Weltwoche findet das Covid-19-Gesetz etwa ähnlich viel Beachtung wie andere Abstimmungsvorlagen. In der Tendenz berichten Deutschschweizer Medien etwas häufiger über das Covid-19-Gesetz als die Medien in der Suisse romande (Abb. 6) – womöglich auch ein Ausdruck davon, dass die meisten Demonstrationen gegen das Covid-19-Gesetz in der Deutschschweiz stattfinden. Die sehr schwache Resonanz in der Sonntagspresse wiederum ist ein Indikator dafür, dass die Medien die Vorlage nicht für besonders brisant halten. Denn regelmässig zeigt sich, dass Sonntagsmedien selektiver als Tagesmedien über Abstimmungen berichten und eine Vorlage nur dann breit thematisiert wird, wenn sie als besonders relevant oder brisant eingestuft wird.

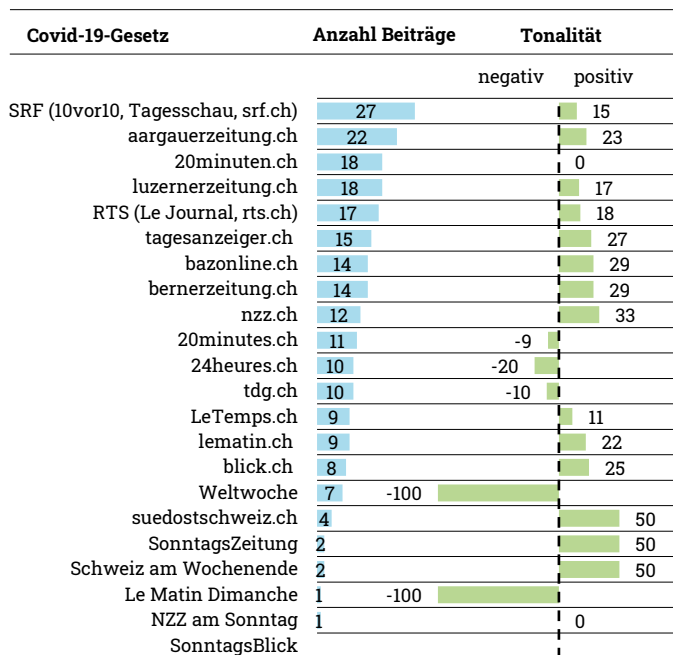


Abbildung 6: Resonanz und Tonalität – Covid-19-Gesetz

Die Darstellung zeigt pro Medium die Resonanz und die Tonalität der Beiträge über das Covid-19-Gesetz. Der Tonalitätsindex kann maximal die Werte +100 (ausschliesslich positiv) bis -100 (ausschliesslich negativ) annehmen (n = 231 Beiträge)

Zurückhaltend positive Tonalität

Bei rund zwei Drittel der untersuchten Medien ist die Tonalität gegenüber dem Covid-19-Gesetz zwar recht klar positiv, d.h. die Tonalitätswerte sind höher als +10 (Abb. 6). Bei rund einem Drittel ist die Tonalität ambivalent (zwischen -10 und +10). Nur die Weltwoche positioniert sich mit mehreren Beiträgen, auch mit eigenen Kommentaren, klar gegen das Gesetz.

Die Tonalität ist zurückhaltend positiv und ergibt sich in erster Linie durch die (wenigen) redaktionelle Kommentare, die alle – mit Ausnahme der Weltwoche und Le Matin Dimanche – die Vorlage befürworten. Die Routineberichterstattung hingegen, in der Positionen und Argumente der Akteur:innen vermittelt werden, ist ambivalent und Pro- und Kontra-Stimmen halten sich ungefähr die Waage. Dies ist erstaunlich, da in der Politik die allermeisten Akteur:innen offiziell die Ja-Parole ausgegeben haben. Dieses Resultat bedeutet letztlich, dass die Berichterstattung ein grosses Stück von denjenigen Akteur:innen geprägt ist, die gegen das Covid-19-Gesetz demonstrieren, und dass eine breite Kampagne von Befürworter:innen fehlt. Auch Gastbeiträge lassen sich beim Covid-19-Gesetz, anders als zum Beispiel beim CO2-Gesetz, fast keine beobachten. Weil die «Demonstrationsberichterstattung» einen wesentlichen Teil ausmacht und diese Art der Berichterstattung kaum inhaltliche Argumente vermittelt, gibt es in den Medien über das Covid-19-Gesetz keine wirklich substanzielle Debatte, in der zwischen Gegner:innen und Befürworter:innen Argumente ausgetauscht werden.

Resonanz für Demonstrant:innen

Beim Covid-19-Gesetz kommen zwar einflussreiche Parteien und der Bundesrat mit klar unterstützenden Positionen zu Wort (Abb. 7). Doch deren Resonanz fällt bescheiden aus im Vergleich zur starken Beachtung allein für die Akteur:innen der Zivilgesellschaft (33%), die auch auf der Strasse gegen die Corona-Massnahmen und das Covid-19-Gesetz mobilisieren (-86). Solche Kritiker:innen finden in den Medien viel eher anhand von Demonstrationen Resonanz als im Rahmen institutionalisierter Politikberichterstattung (z.B. Pressekonferenz des Referendatskomitees, Teilnahme an SRF Arena etc.). Der Protest wird nur in der Weltwoche als notwendiger Aufstand der Zivilgesellschaft beschrieben; in den meisten Medien erfolgt eine relativ nüchterne Berichterstattung über den Ablauf von Demonstrationen. Dass dabei Teile der Gegner:innen des

Covid-19-Gesetzes den Protest auf der Strasse auch als strategisches Mittel zur Aufmerksamkeitserzeugung einsetzen können, zeigt der strategische Umgang mit Polit-Werbung. Exemplarisch zeigt sich, dass einige Medien darüber berichten, dass der Verein «Mass-Voll» auf dem «Mega-Screen» am Zürcher Hauptbahnhof Werbung geschaltet hat (aargauerzeitung.ch, 3.6.). Solche Muster – Mobilisierung in sozialen Medien und physische Präsenz auf der Strasse, d.h. digitale und physische Werbung, um das Interesse der redaktionellen Medien zu erwecken – sind Anzeichen für so genannte «hybride» Kampagnen in immer mehr «hybriden» Mediensystemen. Diese werden laut Forschung im Bereich der Politik- und Kommunikationswissenschaften an Bedeutung zunehmen.

Covid-19-Gesetz	Anzahl Beiträge	Akzeptanz	
		negativ	positiv
Zivilgesellschaft	33%	-86	
SVP	11%	-30	
Bundesrat	9%		100
Wissenschaft / Expert:innen	8%		15
Exekutive kantonal/regional	8%		25
Die Mitte	5%		92
SP	5%		100
Grüne	4%		100
Wirtschaftsverbände	4%		78
FDP	3%		100
Militär / Polizei	3%		0
Grünliberale	3%		100

Abbildung 7: Resonanz und Akzeptanz der Akteure – Covid-19-Gesetz

Die Darstellung zeigt die bedeutendsten Akteur:innen, die in den untersuchten Medien zum Covid-19-Gesetz Stellung beziehen, sowie deren Akzeptanz der Vorlage gegenüber. Der Akzeptanzindex kann maximal die Werte +100 (ausschliesslich positiv) bis -100 (ausschliesslich negativ) annehmen (n = 242 Aussagen)

Auch die SVP (11%), die offiziell die Stimmfreigabe beschlossen hat, findet viel Aufmerksamkeit, und zwar in der Summe mit mehr Stimmen, die sich kritisch zum Covid-19-Gesetz äussern (-30). Insgesamt ist die Diskussion geprägt vom Thema Freiheitsrechte, was durch die Thematisierung von Demonstrationsverboten (z.B. durch kantonale Behörden) oder von Polizeieinsätzen bei Aufmärschen unterstrichen wird. Dazu tragen auch Einordnungen von Wissenschaftler:innen (8%), ob und inwiefern Demonstrationsverbote zu stark in die Grundrechte eingreifen, bei.

CO2-Gesetz

Bei den meisten Medien findet das CO₂-Gesetz relativ viel Beachtung, zumindest ähnlich wie die beiden «Pestizid»- bzw. «Agrar»-Initiativen. Auffallend sind die Weltwoche, blick.ch und SonntagsBlick, die in ihrer Abstimmungsberichterstattung das CO₂-Gesetz klar ins Zentrum stellen (Abb. 8). Auch mit Blick auf die Tonalität (positiv bei den Blick-Titeln, sehr negativ bei der Weltwoche) lässt sich eine wohl bewusste redaktionelle Schwerpunktsetzung und Positionierung feststellen. Relativ wenig Beachtung, zumindest im Vergleich zu den beiden Volksinitiativen, findet das CO₂-Gesetz bei Le Matin Dimanche und 20minuten.ch.

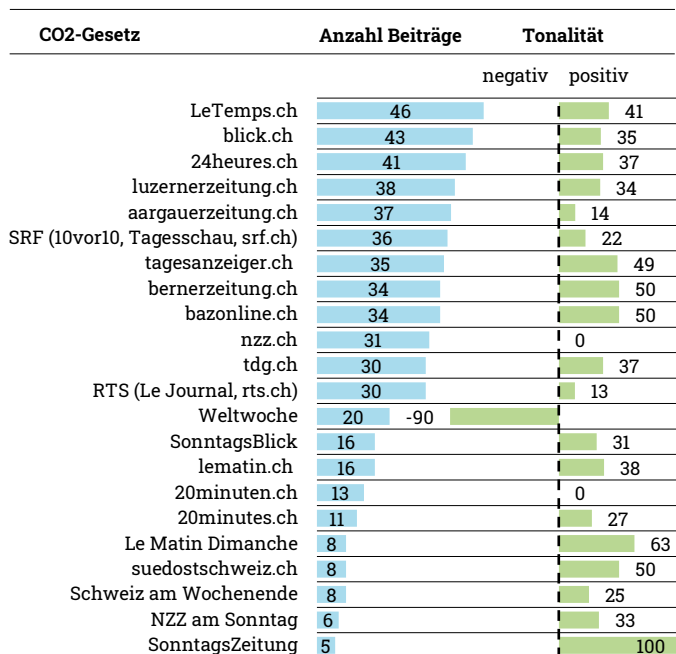


Abbildung 8: Resonanz und Tonalität – CO₂-Gesetz

Die Darstellung zeigt pro Medium die Resonanz und die Tonalität der Beiträge über das CO₂-Gesetz. Der Tonalitätsindex kann maximal die Werte +100 (ausschliesslich positiv) bis -100 (ausschliesslich negativ) annehmen (n = 546 Beiträge).

Klar positive Tonalität, aber potentiell negatives Framing als Kostenfrage

Bei fast allen Medien fällt die Tonalität gegenüber dem CO₂-Gesetz klar positiv aus, d.h. die Tonalitätswerte sind höher als +10 (Abb. 8). Nur bei nzz.ch und 20minuten.ch ist die Tonalität ambivalent (0). Bei der Weltwoche überwiegt die Kritik (-90). Punkto Tonalität ist dies

ein mediales Bild, das man sonst eher kennt von Abstimmungsvorlagen der SVP im Bereich der Ausländer- und Asylpolitik.

Die positive Tonalität zeigt sich sowohl in den Teilen der Berichterstattung, in denen Positionen von Akteur:innen vermittelt werden (+30), als auch in redaktionellen Kommentaren und Beiträgen mit Bewertungen der Medien (+26).

Die Medien selbst weisen immer wieder darauf hin, dass ein Ja zum CO₂-Gesetz wichtig sei, denn das Problem des Klimawandels müsse man genug ernst nehmen (z.B. NZZaS, 6.6.). Unterstrichen wird dies mit Hinweisen darauf, wie stark sich auch in der Schweiz selbst das Klima gewandelt habe. Die «bittere Realität» zeige, dass die Schweiz die gesteckten Klimaziele (Senkung der CO₂-Emissionen) mit den bisher getroffenen Massnahmen nicht erreichen werde (Tamedia, 12.4.). Ein Ablehnen des Gesetzes hätte sogar «conséquences économiques et sociales dramatiques» (letemps.ch, 3.5.). Mit dem Verweis auf die Generationengerechtigkeit übernehmen verschiedene Medien das Argument, dass die heutige Generation in der Pflicht stehe, das Klima zu schützen, um damit auch spätere Generationen zu schützen («Zeigen Sie Ihren Kindern und Enkeln wirklich den Stinkefinger?», SonntagsBlick, 23.5.).

In den Medien rückt neben der Frage des Klimawandels aber auch die Frage nach den Kosten ins Zentrum. Diese ist für das CO₂-Gesetz potenziell negativ konnotiert, denn es geht um «Belastungen» und Mehrkosten für die Haushalte. Dieses von den Gegner:innen eingebrachte Kostenargument wird in den Medien zwar kritisch überprüft und positiv gewendet mit Hinweisen, dass manche Personen Geld zurückerhalten würden. Medien wie RTS lancieren eigene Rechner, mit denen jede:r die finanziellen Auswirkungen des Gesetzes auf das eigene Portemonnaie prüfen kann (z.B. RTS Le Journal, 20.5.). Doch nur wenige Medien kritisieren dieses Framing: die Schweiz politisiere «wie ein Volk von Buchhaltern» (nzz.ch, 6.5.). Nur wenige Medien schreiben explizit, dass die Bekämpfung des Klimawandels für einzelne Personen zumindest kurzfristig Kosten verursachen könnte. Doch diese müsse man angesichts des Problems tragen: «est-ce vraiment cela que nous voulons : une transition écologique purement déclarative ?» (Le Matin Dimanche, 23.5.).

Insgesamt bestehen wesentliche Teile der Einordnungsleistungen daraus, dass verschiedene Medien Kostenberechnungen anstellen oder dass sie verschiedene Kampagnen-Strategien ausleuchten – wie stark zum Beispiel die Erdölindustrie in den Abstimmungskampf eingreife (Tamedia, 1.5.) oder, mit Verweis auf

die gesplante FDP, «wie Gössi ihren Öko-Kurs retten will» (Tamedia, 21.5.). Einordnungen, wie dringlich das Problem des Klimawandels ist und welche Lösungen zielführender sind, werden eher von Expert:innen selbst vorgenommen.

Präsente Wissenschaft

Das CO₂-Gesetz gehört zu den resonanzstärksten Vorlagen und wird von einem breiten Spektrum von Akteur:innen diskutiert (Abb. 9). Insgesamt kommen viele Akteursgruppen mit zustimmenden Voten zu Wort, doch einige wichtige Akteursgruppen der Wirtschaft und vor allem die SVP äussern sich kritisch bis sehr kritisch.

Bemerkenswert ist die starke Präsenz von Expertinnen und Experten (16%) mit zustimmenden Positionen (+66), auch im Vergleich mit der schwächeren Resonanz damals bei der Abstimmung zur die Energiestrategie 2050. Dies liegt nicht nur daran, dass mehr als hundert «namhafte Forscher» offiziell zusammen die Ja-Parole herausgeben – «ein ungewohntes Vorgehen» (Tamedia, 22.4.). Wissenschaftler:innen werden von den Medien im Abstimmungskampf immer wieder um Einordnungen gebeten, zum Beispiel zur Frage, ob Wasserstoff eine sinnvolle Lösung bei der Energieversorgung sein könnte («Hype um Wasserstoff», Tamedia, 12.5.). Insgesamt sind es Wissenschaftler:innen, die am häufigsten zum grundlegenden Problem des Klimawandels und den möglichen Lösungen Stellung beziehen.

Ebenfalls starke Resonanz erhalten die bürgerlichen Parteien SVP (14%) und FDP (13%). Wie damals 2017 bei der Abstimmung um die «Energiestrategie 2050» spielen SVP und FDP eine zentrale Rolle, und wiederum profiliert sich die SVP als klare Gegnerin der Behördenvorlage (-96). Die FDP wird wieder als gesplante Partei dargestellt. Beim CO₂-Gesetz kommen FDP-Vertreter:innen zwar etwas mehr mit zustimmenden als mit ablehnenden Voten zu Wort (+40). Doch ihre Pro-Stimmen werden in der Berichterstattung oft als defensive Argumente eingebaut, weil darauf hingewiesen wird, dass die FDP-Basis im Gegensatz zu den Politiker:innen dem Gesetz kritisch gegenüberstehe.

Zusammengefasst, ergibt sich das Bild, wonach auf der einen Seite Expert:innen die Bedeutung des CO₂-Gesetzes zur Bekämpfung des Klimawandels hervorheben, während wirtschaftsnahe Akteur:innen vor den Kosten des Gesetzes für einzelne Haushalte und Unternehmen warnen. Die Grünen (4%), für die das Thema Klimawandel ein zentrales Thema ist, sind vor diesem

Hintergrund recht wenig präsent. Auch Akteur:innen der Zivilgesellschaft (10%), zu denen auch die Klimabewegung gehört, sind im Vergleich zu 2019 weniger vertreten, als die Klimastreiks die Berichterstattung dominierten. Zudem kommen sie nicht mit uneingeschränkt unterstützenden Voten zu Wort (+46).

CO ₂ -Gesetz	Anzahl Beiträge	Akzeptanz	
		negativ	positiv
Wissenschaft / Expert:innen	16%		66
SVP	14%	-96	
FDP	13%		40
Zivilgesellschaft	10%		46
Wirtschaft / Unternehmen	8%	-18	
Wirtschaftsverbände	7%	-34	
Bundesrat	7%		100
SP	6%		100
Grüne	4%		91
Die Mitte	4%		85
Grünliberale	3%		86
nationale Behörden	2%		67
Exekutive kantonal/regional	2%		58

Abbildung 9: Resonanz und Akzeptanz der Akteur:innen – CO₂-Gesetz

Die Darstellung zeigt die bedeutendsten Akteur:innen, die in den untersuchten Medien zum CO₂-Gesetz Stellung beziehen, sowie deren Akzeptanz der Vorlage gegenüber. Der Akzeptanzindex kann maximal die Werte +100 (ausschliesslich positiv) bis -100 (ausschliesslich negativ) annehmen (n = 731 Aussagen).

Trinkwasserinitiative

Bei den meisten Medien findet die Trinkwasserinitiative relativ viel Beachtung, zumindest ähnlich wie die Initiative Pestizidverbot und das CO₂-Gesetz. Auffallend sind die Tamedia-Mantelredaktion in der Deutschschweiz, 20minuten.ch und auch tdg.ch, die in ihrer Abstimmungsberichterstattung mehr über die Trinkwasserinitiative berichten als z.B. das CO₂-Gesetz. Auch letemps.ch berichtet sehr intensiv, aber ähnlich wie über die andere Volksinitiative und das CO₂-Gesetz. Eine schmalere Berichterstattung findet sich bei suedostschweiz.ch und 20minutes.ch (Abb. 10).

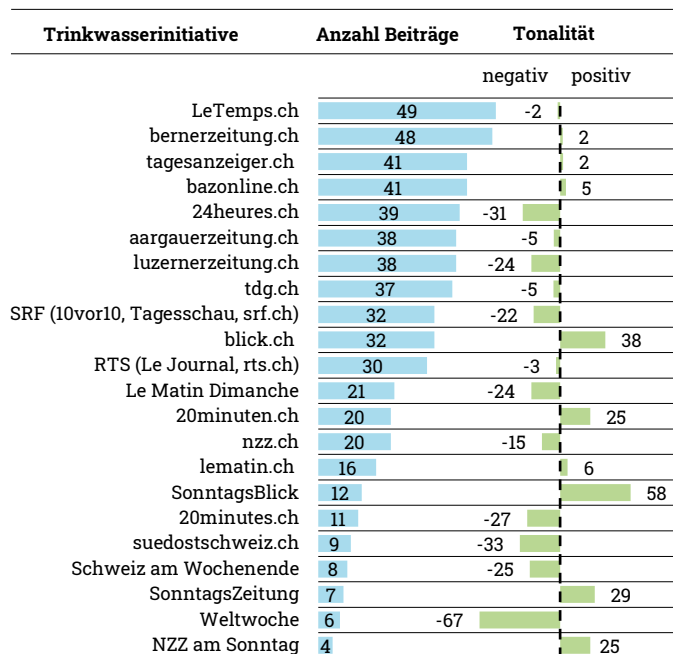


Abbildung 10: Resonanz und Tonalität – Trinkwasserinitiative

Die Darstellung zeigt pro Medium die Resonanz und die Tonalität der Beiträge über die Trinkwasserinitiative. Der Tonalitätsindex kann maximal die Werte +100 (ausschliesslich positiv) bis -100 (ausschliesslich negativ) annehmen (n = 559 Beiträge).

Ambivalente Tonalität

In der Medienarena ist die Tonalität gegenüber der Trinkwasserinitiative wie bei der Pestizidverbot-Initiative, mit der sie oft gemeinsam thematisiert wird, aus drei Gründen ambivalent (Abb. 10). Erstens fällt sie auf der einen Seite bei denjenigen Beiträgen ambivalent bis ganz leicht positiv aus, in denen Medien selber kommentieren, bewerten und einordnen (+5). Auf der

anderen Seite fällt sie etwas negativer aus bei denjenigen Beiträgen, in denen Akteur:innen einigermaßen ungefiltert ihre Positionen wiedergeben können, zum Beispiel bei Berichten zu Pressekonferenzen, Interviews oder Gastbeiträgen (-10).

Zweitens gibt es nicht nur Medien, bei denen die Tonalität klar negativ ist (Werte tiefer als -10), allen voran bei 24heures.ch (-31). Dort empfiehlt eine ganze Reihe von Gastautor:innen in Kommentaren ein Nein zur Initiative. Vor allem die Titel der Blick-Gruppe positionieren sich relativ klar für die Initiative, auch mit Kommentaren (blick.ch: +38; SonntagsBlick: +58).

Drittens wird die Berichterstattung bei rund einem Drittel der Medien, und dies vor allem bei Medien mit einer intensiven Berichterstattung wie letemps.ch, Tamedia in der Deutschschweiz oder aargauerzeitung.ch, sehr kontradiktorisch aufbereitet und die Tonalität selbst ist ambivalent.

Eine kontradiktorische Berichterstattung lässt sich exemplarisch bei der Mantelredaktion von Tamedia in der Deutschschweiz beobachten. Mit Eigen- und Einordnungsleistungen beleuchten die Journalist:innen den Konflikt innerhalb der Landwirtschaft (z.B. «Im Bioland rumort es», 27.4.) und den Konflikt zwischen Stadt und Land (z.B. «Wenn Städter auf Bauern treffen», 29.5.). Und auf der einen Seite problematisieren sie mit Forschungsbefunden den Einsatz von Pestiziden, weil Pestizide einen schädlichen Einfluss auf die menschliche Gesundheit, insbesondere die Spermienqualität, hätten (26.4.). Auf der anderen Seite erklären sie zum Beispiel, warum sich der Verband Bio Suisse, der sich für eine naturnahe Produktion einsetzt, trotzdem gegen die Initiative ausspricht (7.5.).

Spezieller als die Initiative Pestizidverbot

In den meisten Beiträgen wird die Trinkwasserinitiative «im Doppelpack» zusammen mit der Initiative Pestizidverbot thematisiert (Abb. 4). Der direkte Vergleich zwischen den Beiträgen, in denen nur eine der beiden Initiativen thematisiert wird, legt aber gleichzeitig nahe: Die Trinkwasserinitiative wird als spezieller wahrgenommen und bedient die Logiken der Medien besser. Dies zeigt sich auch in der stärkeren Resonanz, gerade in der Deutschschweiz. Anzeichen dafür sind Beiträge, in denen Franziska Herren als «Kopf» des Initiativkomitees portraitiert wird, zum Beispiel als «einsame Kämpferin» (SonntagsBlick, 30.5.) oder als «Idealistin, vor der sich die Bauern fürchten» (srf.ch, 11.5.). Eine solche Personalisierung fehlt bei der anderen Volksinitiative. Und es gibt einige Positionsbezüge, die

von den Medien als überraschend eingestuft werden – nämlich, dass sich der Verband Bio Suisse und eine grüne Nationalrätin gegen und ein wirtschaftsnahes Komitee für die Trinkwasserinitiative ausspricht. Solche «überraschenden» Positionsbezüge fehlen bei der Pestizidverbot-Initiative.

Nur verhältnismässig selten wird auf einen Lösungsvorschlag eingegangen, bei dem sich die Trinkwasserinitiative klar von der Pestizidverbot-Initiative unterscheidet: die Frage, ob und inwieweit Bauernbetriebe noch Futter für ihre Tiere importieren dürften (z.B. nzz.ch, 20.5.).

Konflikt innerhalb der Landwirtschaft

Weil die beiden Volksinitiativen oft gemeinsam thematisiert werden, ähnelt sich auch das Spektrum von Akteur:innen, die in den Medien Resonanz erhalten (Abb. 11 und Abb. 13). Die Diskussion wird bei der Trinkwasserinitiative dominiert von den offiziellen Befürworter:innen (Initiant:innen), die teilweise aus der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft kommen, vom Schweizerischen Bauernverband (11%) und ganz generell von einzelnen Bäuerinnen und Bauern (subsummiert unter «Zivilgesellschaft»). Auch andere Verbände spielen eine wichtige Rolle (9%), im Vergleich zur Pestizidverbot-Initiative mit negativeren Bewertungen (-53 statt -13) – u.a. Resultat davon, dass «ausgerechnet» Bio Suisse sich gegen die Trinkwasserinitiative ausspricht (z.B. srf.ch, 14.4.).

Insgesamt ergibt der Abstimmungskampf in den Medien das Bild eines zunehmend emotional aufgeladenen Konflikts, der innerhalb der Landwirtschaft ausgetragen wird. Parteien und Verbände, die üblicherweise bei Abstimmungsvorlagen oft zu Wort kommen, sind viel weniger präsent. Noch am ehesten die Grünen können sich Resonanz verschaffen (8%), im Vergleich zur Pestizidverbot-Initiative mit ganz leicht weniger ausgeprägten befürwortenden Stimmen (+75 statt +95).

Diese Fokussierung auf die gespaltene Landwirtschaft selbst zeigt sich an der starken Resonanz und ambivalenten Akzeptanz der «Zivilgesellschaft» (22%, +4), denn dort kommen viele verschiedene einzelne Bäuerinnen und Bauern mit unterschiedlichen Positionen zu Wort. Sie zeigt sich auch in den vielen Medienbeiträgen über den «aggressiven Abstimmungskampf um Pestizid-Initiativen» (blick.ch, 18.5) bzw. den «guerre des pesticides» (24heures.ch, 15.5.). Auch Berichte über Morddrohungen gegenüber einzelnen Exponent:innen finden viel Beachtung sowie die Tatsache, dass verschiedene Akteur:innen ankündigen, sich von nun an

zurückzuhalten. Diese Aufladung wiederum wird dann zum Anlass genommen, den vermeintlichen Konflikt zwischen Stadt und Land zu beleuchten. Stimmen aus der Bevölkerung aus der Stadt (tendenziell positiv) werden kontrastiert mit Stimmen der Landwirtschaft (tendenziell negativ).

Trinkwasserinitiative	Anzahl Beiträge	Akzeptanz	
		negativ	positiv
Zivilgesellschaft	22%		4
Wissenschaft / Expert:innen	13%		22
Schweiz. Bauernverband	11%	-99	
"Befürworter:innen"	10%		100
andere Verbände	9%	-53	
Grüne	8%		75
Wirtschaft / Unternehmen	5%	-73	
Bundesrat	4%	-97	
FDP	3%	-19	
Exekutive kantonal/regional	2%	-11	
Die Mitte	2%	-88	
SVP	2%	-100	
SP	2%		100
Grünliberale	2%		83

Abbildung 11: Resonanz und Akzeptanz der Akteur:innen – Trinkwasserinitiative

Die Darstellung zeigt die bedeutendsten Akteur:innen, die in den untersuchten Medien zur Trinkwasserinitiative Stellung beziehen, sowie deren Akzeptanz der Vorlage gegenüber. Der Akzeptanzindex kann maximal die Werte +100 (ausschliesslich positiv) bis -100 (ausschliesslich negativ) annehmen (n = 763 Aussagen).

Auch Expert:innen und Wissenschaftler:innen spielen eine wichtige Rolle (13%) – zwar nicht ganz so stark wie beim CO2-Gesetz, aber stärker als sonst bei Abstimmungsvorlagen. Sie kommen in erster Linie deshalb vor, weil sie als Vertreter:innen von Universitäten oder Kantonslaboren Auskunft geben zur Trinkwasserqualität oder auch zum Einfluss von Pestiziden auf die menschliche Gesundheit. Weniger oft gibt es Aufmerksamkeit dafür, dass der Klimaforscher Thomas Stocker Teil des Initiativkomitees ist.

Initiative Pestizidverbot

In den meisten Medien findet die Pestizidverbot-Initiative relativ viel Beachtung, zumindest ähnlich wie die Trinkwasserinitiative und das CO₂-Gesetz. Auffallend sind die Tamedia-Mantelredaktion in der Deutschschweiz, 20minuten.ch und auch tdg.ch, die in ihrer Abstimmungsberichterstattung mehr über die Initiative berichten als z.B. über das CO₂-Gesetz. Auch letemps.ch berichtet sehr intensiv, aber ähnlich wie über die andere Volksinitiative und das CO₂-Gesetz. Eine schmalere Berichterstattung findet sich bei suedostschweiz.ch und 20minutes.ch (Abb. 12).

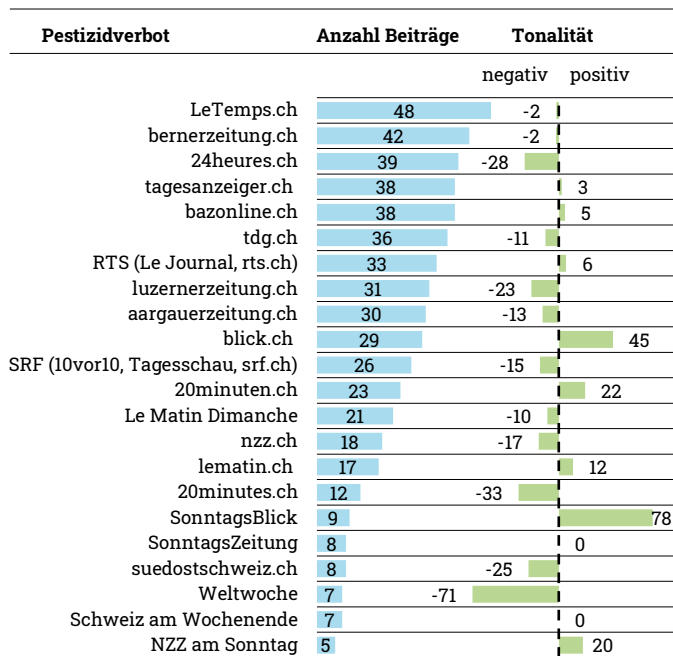


Abbildung 12: Resonanz und Tonalität – Initiative Pestizidverbot

Die Darstellung zeigt pro Medium die Resonanz und die Tonalität der Beiträge über die Initiative Pestizidverbot. Der Tonalitätsindex kann maximal die Werte +100 (ausschliesslich positiv) bis -100 (ausschliesslich negativ) annehmen (n = 525 Beiträge).

Ambivalente Tonalität

In der Medienarena ist die Tonalität gegenüber der Pestizidverbot-Initiative wie bei der Trinkwasserinitiative, mit der sie oft gemeinsam thematisiert wird, aus drei Gründen ambivalent (Abb. 12). Erstens fällt sie auf der einen Seite bei denjenigen Beiträgen ambivalent bis ganz leicht positiv aus, in denen Medien selber kommentieren, bewerten und einordnen (+7). Auf der

anderen Seite fällt sie etwas negativer aus bei denjenigen Beiträgen, in denen Akteur:innen einigermaßen ungefiltert ihre Positionen wiedergeben können, zum Beispiel bei Berichten zu Pressekonferenzen, Interviews oder Gastbeiträgen (-9).

Zweitens gibt es nicht nur Medien, in denen die Tonalität klar negativ ist (Werte tiefer als -10), allen voran 24heures.ch (-28), wo eine ganze Reihe von Gastautor:innen in Kommentaren ein Nein zur Initiative (und auch zur Trinkwasserinitiative) empfiehlt. Vor allem die Titel der Blick-Gruppe positionieren sich relativ klar für die Initiative, auch mit Kommentaren (blick.ch: +45; SonntagsBlick: +78).

Drittens wird die Berichterstattung bei rund einem Drittel der Medien, und dies vor allem bei Medien mit einer intensiven Berichterstattung wie letemps.ch, Tamedia in der Deutschschweiz oder aargauerzeitung.ch, sehr kontradiktorisch aufbereitet und die Tonalität selbst ist ambivalent.

Eine kontradiktorische Berichterstattung lässt sich wie bei der Trinkwasserinitiative exemplarisch bei der Mantelredaktion von Tamedia in der Deutschschweiz beobachten. Mit Eigen- und Einordnungsleistungen beleuchten die Journalist:innen den Konflikt innerhalb der Landwirtschaft (z.B. «Im Bioland rumort es», 27.4.) und den Konflikt zwischen Stadt und Land (z.B. «Wenn Städter auf Bauern treffen», 29.5.). Und auf der einen Seite problematisieren sie mit Forschungsbefunden den Einsatz von Pestiziden, weil Pestizide einen schädlichen Einfluss auf die menschliche Gesundheit, insbesondere die Spermienqualität, hätten (26.4.). Auf der anderen Seite vermitteln sie mit einer Reportage, warum ein Gemüsebauer sich gegen die beiden Initiativen ausspricht (2.5.).

Weniger speziell als die Trinkwasserinitiative

In den meisten Beiträgen wird die Pestizidverbot-Initiative «im Doppelpack» zusammen mit Trinkwasserinitiative thematisiert (Abb. 4). Der direkte Vergleich zwischen den Beiträgen, in denen nur eine der beiden Initiativen thematisiert wird, legt aber gleichzeitig nahe: Die Pestizidverbot-Initiative wird als weniger speziell wahrgenommen und bedient die Logiken der Medien etwas weniger gut. So gibt es viel weniger personalisierende Beiträge und Portraits über die Macher:innen hinter der Volksinitiative. Auch gibt es weniger Positionsbezüge, die (vermeintlich) überraschen. Für Aufmerksamkeit sorgen höchstens punktuell konfliktverschärfende Statements wie zum Beispiel von der IG Detailhandel; die Initiative gefährde die

Lebensmittelsicherheit und erhöhe das Risiko für Lebensmittelvergiftungen (20minuten.ch, 16.5.). Auch Auswirkungen eines Pestizidverbots auf Hobby-Fussballer:innen oder Hobby-Gärtner:innen und damit Aspekte aus dem Freizeitbereich werden angesprochen. Nur verhältnismässig selten wird auf einen Lösungsvorschlag eingegangen, bei dem sich die Pestizidverbot-Initiative klar von der Trinkwasserinitiative unterscheidet: nämlich dass die Initiative auch ein generelles Importverbot von Produkten beinhaltet, die mit Pestiziden behandelt werden (z.B. nzz.ch, 20.5.).

Konflikt in der Landwirtschaft

Weil die beiden Volksinitiativen oft gemeinsam thematisiert werden, ähnelt sich auch das Spektrum von Akteur:innen, die in den Medien Resonanz erhalten (Abb. 11 und Abb. 13). Die Diskussion wird auch bei der Pestizidverbot-Initiative dominiert von den offiziellen Befürworter:innen (Initiant:innen), die teilweise aus der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft kommen, vom Schweizerischen Bauernverband (9%) und ganz generell von einzelnen Bäuerinnen und Bauern (subsummiert unter «Zivilgesellschaft»). Auch andere Verbände wie z.B. der Fischereiverband spielen eine wichtige Rolle (10%), im Vergleich zur Trinkwasserinitiative mit weniger negativen Stellungnahmen (-13 statt -53). Insgesamt ergibt der Abstimmungskampf in den Medien das Bild eines zunehmend emotional aufgeladenen Konflikts, der innerhalb der Landwirtschaft ausgetragen wird. Parteien und Verbände, die üblicherweise bei Abstimmungsvorlagen oft zu Wort kommen, sind viel weniger präsent. Noch am ehesten die Grünen können sich Resonanz verschaffen (9%), im Vergleich zur Trinkwasserinitiative mit etwas mehr befürwortenden Stimmen (+95).

Diese Fokussierung auf die gespaltene Landwirtschaft selbst zeigt sich an der starken Resonanz und ambivalenten Akzeptanz der «Zivilgesellschaft» (21%, +17), denn dort kommen viele verschiedene einzelne Bäuerinnen und Bauern mit unterschiedlichen Positionen zu Wort. Sie zeigt sich auch in den zunehmend häufigen Medienbeiträgen über den «aggressiven Abstimmungskampf um Pestizid-Initiativen» (blick.ch, 18.5) bzw. den «guerre des pesticides» (24heures.ch, 15.5.). Auch Berichte über Morddrohungen gegenüber einzelnen Exponent:innen finden viel Beachtung und auch die Tatsache, dass verschiedene Akteur:innen ankündigen, sich von nun an zurückzuhalten. Diese Aufladung wiederum wird dann zum Anlass genommen, den vermeintlichen Konflikt zwischen Stadt und Land zu

beleuchten. Stimmen aus der Bevölkerung aus der Stadt (tendenziell positiv) werden kontrastiert mit Stimmen der Landwirtschaft (tendenziell negativ).

Pestizidverbot	Anzahl Beiträge	Akzeptanz	
		negativ	positiv
Zivilgesellschaft	21%		17
Wissenschaft / Expert:innen	14%		17
andere Verbände	10%	-13	
Schweiz. Bauernverband	9%	-97	
Grüne	9%		95
"Befürworter:innen"	9%		100
Wirtschaft / Unternehmen	9%	-85	
Bundesrat	6%	-95	
Die Mitte	2%	-94	
SVP	2%	-100	
SP	2%		100
FDP	2%	-92	
Exekutive kantonal/regional	2%	-9	

Abbildung 13: Resonanz und Akzeptanz der Akteur:innen – Initiative Pestizidverbot

Die Darstellung zeigt die bedeutendsten Akteur:innen, die in den untersuchten Medien zur Initiative Pestizidverbot Stellung beziehen, sowie deren Akzeptanz der Vorlage gegenüber. Der Akzeptanzindex kann maximal die Werte +100 (ausschliesslich positiv) bis -100 (ausschliesslich negativ) annehmen (n = 693 Aussagen).

Auch Expert:innen und Wissenschaftler:innen spielen eine wichtige Rolle (14%) – zwar nicht ganz so stark wie beim CO2-Gesetz, aber stärker als sonst bei Abstimmungsvorlagen. Sie kommen in erster Linie deshalb vor, weil sie als Vertreter:innen von Universitäten und Forschungsanstalten Auskunft geben zur Biodiversität oder auch zum Einfluss von Pestiziden auf die menschliche Gesundheit. Weniger oft erhalten Expert:innen deshalb Resonanz, weil beim Initiativkomitee der Biologieprofessor Edward Mitchell beteiligt ist.

Terrorismusegesetz

Das Terrorismusegesetz steht wie das Covid-19-Gesetz im Schatten der anderen drei Abstimmungsvorlagen. Die Hälfte der untersuchten Medien schenkt dem Terrorismusegesetz von allen Abstimmungsvorlagen vom 13. Juni am wenigsten Beachtung. Bei der anderen Hälfte findet es zwar etwas mehr Aufmerksamkeit als das Covid-19-Gesetz, aber deutlich weniger als die Volksinitiativen und das CO₂-Gesetz. Besonders wenig Resonanz findet das Terrorismusegesetz bei den Blick-Titeln und in Onlinemedien der Suisse romande (Abb 14). Mehr Resonanz – vor allem im direkten Vergleich der fünf Vorlagen – erhält das Gesetz bei SRF.

kommentieren für eine Annahme des Gesetzes und schenken auch den Befürworter:innen mehr Resonanz.

Allerdings ist die Tonalität gerade bei denjenigen Medien ambivalent oder negativ, die noch verhältnismässig viel über das Gesetz berichten. Die ambivalent-negative Tonalität ergibt sich dort eher aus Berichten über Stellungnahmen von Akteur:innen, die das Gesetz kritisieren, als aus redaktionellen Kommentaren und eigenen Recherchen. Kritik am Gesetz gibt es also in erster Linie etwa über Berichte darüber, dass Tessiner Juristen eine Abstimmungsbeschwerde eingereicht haben (Vorwurf, Behörden würden nicht korrekt informieren), oder dass die Bundesanwaltschaft eine Hausdurchsuchung bei Vertreter:innen der Klimastreikbewegung durchgeführt hat oder dass in Lausanne eine Demonstration gegen das Terrorismusegesetz stattgefunden hat.

Generell gibt es in den Medien nur wenige Kommentare und Hintergrundberichte zum Terrorismusegesetz. Stattdessen ist die Berichterstattung geprägt durch die Vermittlung von Positionen von Akteur:innen, zum Beispiel von Bundesrätin Karin Keller-Sutter. Vor allem Westschweizer Medien beleuchten das Gesetz kaum mit eigenen Recherchen. Aber auch bei Medien wie aargauerzeitung.ch zum Beispiel, die über die beiden Volksinitiativen sehr umfassend berichten, beschränkt sich die Hintergrundberichterstattung beim Terrorismusegesetz auf ein «Pflichtprogramm», d.h. einen Pro- und einen Kontra-Kommentar, eine Übersicht über die Fragen und die Argumente, und ein Vergleich des Gesetzestextes mit demjenigen in anderen Ländern. Etwas mehr Einordnung gibt es bei der Tamedia-Mantelredaktion, wo unter anderem der Journalist Kurt Pelda anhand von Beispielen die möglichen Auswirkungen des Gesetzes auf die Bekämpfung von Jihadisten beleuchtet.

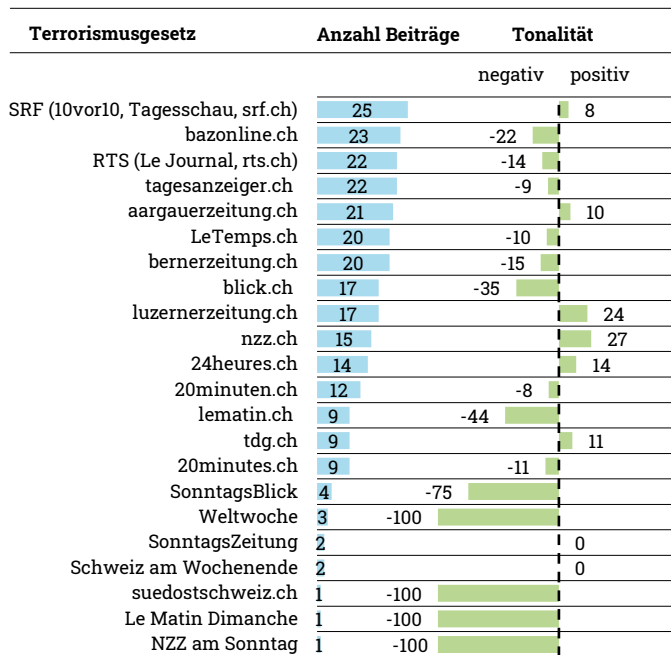


Abbildung 14: Resonanz und Tonalität – Terrorismusegesetz

Die Darstellung zeigt pro Medium die Resonanz und die Tonalität der Beiträge über das Terrorismusegesetz. Der Tonalitätsindex kann maximal die Werte +100 (ausschliesslich positiv) bis -100 (ausschliesslich negativ) annehmen (n = 269 Beiträge).

Kritik am Gesetz

Für eine Behördenvorlage fällt die Tonalität bei vielen Medien auffallend ambivalent oder sogar negativ aus. Denn Behördenvorlagen stossen üblicherweise auf etwas mehr Zustimmung. Beim Terrorismusegesetz gibt es nur wenige Medien, die eine einigermaßen klare positive Tonalität zeigen: luzernerzeitung.ch und nzz.ch

Wenig sichtbare Partei-Kampagnen

Beim Terrorismusegesetz ist der Bundesrat am meisten präsent, allen voran Bundesrätin Karin Keller-Sutter, (16%) (Abb. 15). Dass der Bundesrat an der Spitze der Akteur:innen steht, ist für die Abstimmungsberichterstattung ungewöhnlich. Aber: Die grosse Bedeutung des Bundesrats in der Diskussion um das Terrorismusegesetz bedeutet nicht, dass der Bundesrat hier deutlich aktiver ist als bei den anderen Vorlagen. Denn die absolute Resonanz des Bundesrats beim Terrorismusegesetz (n = 47 Beiträge) ist zwar etwas höher als beispielsweise bei der Pestizidverbot-Initiative (n = 39 Beiträge), aber

ähnlich wie beim CO₂-Gesetz (n = 49 Beiträge). Gerade der Vergleich mit dem CO₂-Gesetz zeigt: Es ist vielmehr so, dass sich zum Terrorismusgesetz andere Akteur:innen seltener äussern. Dies legt letztlich nahe, dass sich vor allem die Parteien nur schwach beim Terrorismusgesetz engagieren. Am ehesten kommen die FDP (10%) mit zustimmenden Voten (+74) sowie die GLP (7%) mit ablehnenden Voten (-100) zu Wort. Präzenter sind Akteur:innen der Zivilgesellschaft als klare Gegner:innen (16%). Kritiker:innen wie der Schweizer UNO-Sonderberichterstatter zu Folter, Nils Melzer («Akteure Ausland»), können die Diskussion nur am Rande beeinflussen (4%).

Die schwächere Resonanz der Parteien und die stärkere Resonanz der Zivilgesellschaft fallen im Vergleich zur Diskussion um das Nachrichtendienstgesetz (2016) auf. Die Diskussion damals wurde vom Konflikt zwischen Jusos und der Mutterpartei SP angetrieben – beim Terrorismusgesetz fehlt ein solcher Konflikt fast vollständig. Dafür machen sich Vertreter:innen der Zivilgesellschaft breiter bemerkbar. In Komitees (z.B. NGOs) und auf der Strasse bei Demonstrationen bringen sie ihre Kritik am Terrorismusgesetz vor. Der Blick auf die Medienresonanz für Demonstrationen zeigt aber auch: In der Berichterstattung ist die Präsenz der Demonstrationen gegen das Covid-19-Gesetz deutlich grösser. Dies ist bemerkenswert, weil erstens Akteur:innen, die das Covid-19-Gesetz ablehnen, gleichzeitig auch gegen das Terrorismusgesetz demonstrieren, und zweitens weil auch eigenständige Demonstrationen nur gegen das Terrorismusgesetz stattfinden.

Terrorismusgesetz	Anzahl Beiträge	Akzeptanz	
		negativ	positiv
Bundesrat	16%		100
Zivilgesellschaft	16%	-100	
FDP	10%		74
Wissenschaft / Expertinnen	8%	-24	
Grünliberale	7%	-100	
SP	6%	-100	
Grüne	6%	-100	
nationale Behörden	5%		88
Die Mitte	5%		86
Akteure Ausland	4%	-85	
SVP	4%		50

Abbildung 15: Resonanz und Akzeptanz der Akteure – Terrorismusgesetz

Die Darstellung zeigt die bedeutendsten Akteur:innen, die in den untersuchten Medien zum Terrorismusgesetz Stellung beziehen, sowie deren Akzeptanz der Vorlage gegenüber. Der Akzeptanzindex kann maximal die Werte +100 (ausschliesslich positiv) bis -100 (ausschliesslich negativ) annehmen (n = 303 Aussagen).

Methode

Auswahl der Beiträge

Erfasst werden alle redaktionellen Beiträge, die sich zentral mit den Abstimmungsvorlagen auf nationaler Ebene auseinandersetzen und im Zeitraum vom 22. März 2021 bis 6. Juni 2021 erschienen sind. Es werden 1440 verschiedene Medienbeiträge erfasst, wobei in einem Beitrag bis zu fünf Vorlagen gleichzeitig angesprochen werden können (Covid-19-Gesetz: n = 231; CO2-Gesetz: n = 546; Trinkwasserinitiative: n = 559; Initiative Pestizidverbot: n = 525; Terrorismusgesetz: n = 269). 66% der Beiträge thematisieren jeweils eine Vorlage, 34% jeweils zwei oder mehr Vorlagen. Unbearbeitete Agenturmeldungen und Kurzformen (z.B. «In Kürze») werden nicht berücksichtigt.

Tonalität der Beiträge

Die Akzeptanz gegenüber den Abstimmungsvorlagen wird über die Tonalität gemessen, die sich im Artikel insgesamt beobachten lässt. Dabei wird zwischen einer «positiven», einer «negativen», einer «kontroversen (ambivalenten)» und einer «neutralen» Tonalität unterschieden. «Neutral» bedeutet nicht, dass die Medien «neutral» im Sinne von «ausgewogen» in einem Beitrag sowohl Pro- als auch Kontra-Akteuren Resonanz erteilen (= «kontrovers»), sondern bezeichnet Beiträge, in denen keine Argumente vermittelt werden (z.B. Deskription von Umfrageergebnissen) und/oder in denen Zusatzinformationen geliefert werden, deren Tonalität gegenüber der Vorlage unklar ist (z.B. deskriptive Auflistung der gesetzlichen Regelungen in Nachbarstaaten). In stärkster Form zeigt sich die Tonalität bei Aussagen, die explizit eine Abstimmungsempfehlung beinhalten. Daneben zeigt sich die Tonalität aber auch bei Aussagen

- zur «Grundproblematik» einer Vorlage (z.B. Beiträge, die negative Auswirkungen von Pestiziden auf die Gesundheit problematisieren – «positiv» bei Initiative Pestizidverbot);
- zur Zweckmäßigkeit oder Legitimität der Massnahmen, die mit der Vorlage verbunden sind (z.B. Bericht darüber, dass eine Annahme der Initiative Pestizidverbot gegen die WTO-Regeln verstösst – «negativ» bei Initiative Pestizidverbot);
- zur sozialen Reputation von Kampagnen-Akteuren (z.B. Vorwurf, die Gegner:innen würden eine übertrieben aggressive Kampagne betreiben – «positiv» bei der Trinkwasserinitiative);

- zur funktionalen Reputation von Kampagnen-Akteuren (z.B. Lob für wirksame Kampagnen-Führung der Gegner:innen – «negativ» beim CO2-Gesetz);
- bei zugespitzten Aussagen über die Akzeptanz der Vorlagen gemessen an Meinungsumfragen, mit Thematisierung der Auswirkungen auf die Kampagnenführung und die Erfolgchancen (z.B. «XY erleidet Schiffbruch und Befürworter sind nervös» – «negativ» beim CO2-Gesetz).

Der Tonalitäts-Wert, der sich zwischen -100 und +100 bewegen kann, wird wie folgt berechnet: (Anzahl Beiträge mit positiver Tonalität minus Anzahl Beiträge mit negativer Tonalität) geteilt durch Anzahl alle Beiträge multipliziert mit 100.

Für jeden Beitrag wird bestimmt, ob die Tonalität primär über die Medien selbst bestimmt wird («Medium»), primär über Akteure, die in den Medien zu Wort kommen («Akteure»), oder mehr oder minder gleichgewichtet durch Medien und Akteure («Medium und Akteure»). Eine medienbestimmte Tonalität lässt sich in stärkster Form in Kommentaren und Leitartikeln erkennen, aber auch bei (Hintergrund-)Berichten, bei denen das Medium Bewertungen einspeist («Medium»). Hier unterscheiden wir zwischen expliziten Positionierungen des Mediums (explizite Empfehlung, eine Vorlage an- oder abzulehnen) und impliziten Positionierungen (z.B. Bestätigung der Grundproblematik einer Initiative). Daneben erfassen wir diejenigen Fälle, in denen zwar Akteure ihre Positionen einspeisen, die Medien aber diese Akteure und/oder Positionen ebenfalls prominent bewerten («Medium und Akteure»). Fälle einer primär akteursbestimmten Tonalität sind Gastbeiträge von Akteuren, Interviews und «vermeldende» Berichte über die Stellungnahmen von Akteuren («Akteure»).

Akteur:innen und Akzeptanz

Für jeden Beitrag und pro Vorlage werden die maximal drei resonanzstärksten Akteure sowie deren Positionierung gegenüber der Vorlage bestimmt (Akzeptanz). Für die Abstimmungsvorlagen vom 13. Juni 2021 werden auf diese Weise 2732 Aussagen erfasst. Der Akzeptanz-Wert, der sich zwischen -100 und +100 bewegen kann, wird wie folgt berechnet: (Anzahl Aussagen Akteur A mit positiver Positionierung minus Anzahl Aussagen Akteur A mit negativer Positionierung) geteilt durch Anzahl aller Aussagen Akteur A multipliziert mit

100. In den Grafiken werden jeweils nur die wichtigsten Akteursgruppen dargestellt; daher ergeben die Prozentwerte (Resonanz) der dargestellten Akteure aufsummiert nicht 100%.

Mediensample

Das Mediensample besteht aus 14 Newssites (Online-Auftritten) von Zeitungen, 6 Sonntags- resp. Magazintiteln (Print) und 5 Titeln der SRG aus der Deutschschweiz und der Suisse romande, die jeweils als SRF resp. RTS zusammengefasst werden. Weil das Mediensample seit Sommer 2018 vor allem Newssites statt gedruckte Zeitungen umfasst, sind die Resultate nicht 1:1 übertragbar auf die Resultate des Abstimmungsmonitors zu den Vorlagen von März 2013 bis Juni 2018. Sie sind aber direkt vergleichbar mit den Vorlagen seit September 2018 – mit Ausnahme, dass in der Zwischenzeit der früher erfasste blickamabend.ch eingestellt wurde.

Newssites Abonnement: 24 heures, Aargauer Zeitung, Basler Zeitung, Berner Zeitung, Le Temps, Luzerner Zeitung, Neue Zürcher Zeitung, Südostschweiz, Tages-Anzeiger, Tribune de Genève

Newssites Boulevard- und Pendlermedien: 20 Minuten, 20 minutes, Blick, Le Matin

Sonntagszeitungen / Magazine (Print): Le Matin Dimanche, NZZ am Sonntag, SonntagsBlick, Sonntags-Zeitung, Schweiz am Wochenende, Weltwoche

Titel SRG: SRF: 10vor10, srf.ch/news (Online), Tagesschau; RTS: Le Journal, rts.ch/info (Online)